

Herrn Bezirksbürgermeister
Andreas Hupke
Herrn Bürgeramtsleiter
Dr. Ulrich Höver
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**Bezirksvertretung
Innenstadt**

Ludwigstraße 8
50667 Köln
Tel. 0221 / 221-91309

Antje Kosubek
Fraktionsvorsitzende
Antje.Kosubek@stadt-koeln.de

Claus Vincon
stellv. Fraktionsvorsitzender
Claus.Vincon@stadt-koeln.de

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/1308/2020

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	08.12.2020

Hilfe für obdachlose Menschen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Herren,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt aufzunehmen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz beschließt:

Die Bezirksvertretung Innenstadt setzt sich für gleiche Chancen und gute Lebensverhältnisse für alle Menschen im Stadtbezirk ein, ob mit oder ohne festen Wohnsitz. Letztere leben aufgrund vielfältiger Faktoren auf der Straße. Im Zusammenleben mit den sesshaften Einwohner*innen ergeben sich immer wieder Konflikte, die in letzter Zeit deutlich zugenommen haben. So häufen sich Situationen mit aggressivem Verhalten, Pöbeleien und Tötlichkeiten. Ebenso zu beobachten sind öffentliches Urinieren im Straßenraum wie auch Defäzieren in Hauseingängen und auf Gehwegen. Hinzu kommt das weitestgehende Ignorieren von geltenden Corona-Schutzmaßnahmen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, diesen Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, nach besten Kräften Hilfsangebote zu machen und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die aufgrund der Lebensbedingungen auftretenden Konflikte zu lösen.

Dies könnte beispielsweise geschehen durch folgende Sofortmaßnahmen an den entsprechenden Brennpunkten:

- massive Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit unter Einsatz von Dolmetscher*innen

- Bereitstellen von mobilen Toiletten (z.B. Toilettenwagen der AWB)
- Bereitstellen von Duschcontainern
- Bereitstellen von Trinkwasser durch die Rheinenergie AG
- Ausgabe sauberer Kleidung
- Angebot medizinischer Versorgung
- konsequente Ahndung ordnungs- und rechtswidriger Verhaltensweisen inklusive Überwachung der geltenden Maßnahmen im Rahmen der Corona-Schutzverordnung.

Langfristig sollten zusätzlich folgende Maßnahmen angestrebt werden:

- engere Verzahnung mit den zuständigen Stellen und Angeboten im sozialpsychiatrischen und Suchtbereich
- Einbindung der Hilfsorganisationen, wie OASE, Gulliver, Vringstreff sowie der in der Obdachlosenhilfe aktiven Sozialverbände
- Unterstützung nachbarschaftlicher Netzwerke, die das Ziel eines Dialogs verfolgen

Grundsätzlich ist der von dieser Bezirksvertretung einstimmig gefasste Beschluss AN/0423/2015 vom 12.03.2015 endlich umzusetzen, der wie folgt lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Kolloquium durchzuführen, das sich umfassend mit dem Ist-Zustand der Obdachlosenszene und der bettelnden Menschen im Stadtbezirk I befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet, wie die Situation sich im Sinne aller Betroffenen verbessern lässt. An dem Kolloquium sind neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung u. a. auch externe Sachverständige aus den Bereichen der Sozialarbeit, der Polizei, der Justiz, der Suchtberatung, der Flüchtlingshilfe und der IHK zu beteiligen.

Begründung:

So lange es große Städte gibt, so lange gibt es auch Menschen, die aus dem gesellschaftlichen Raster fallen und inmitten der Stadtgesellschaft leben. In den letzten Monaten und Jahren lässt sich jedoch ein Phänomen beobachten, das es in dieser Form zuvor nicht gab. An verschiedenen Orten der Innenstadt/Deutz halten sich Menschen auf, von denen viele offensichtlich massiv alkoholkrank sind, und bei denen in Folge ihrer Erkrankungen jegliche Hemmschwellen abhandengekommen sind. Ein gewisser Teil der Betroffenen ist staatsangehörig in südosteuropäischen Mitgliedsländern der EU.

Es häufen sich Berichte von Fällen, in denen die Notdurft vor Aller Augen auf offener Straße, in Hauseingängen oder Vorgärten verrichtet wird, von Schlägereien untereinander, von aggressivem Verhalten Unbeteiligten gegenüber, von nächtlicher Lärmbelästigung und Vermüllung. Polizei- und Rettungswageneinsätze kommen mancherorts mehrmals täglich vor. Die Beeinträchtigungen haben ein Ausmaß angenommen, das - bei allem Mitgefühl für die in Extremsituationen lebenden wohnsitzlosen Menschen - nicht mehr tragbar ist.

Die Verwaltung hat die Pflicht, sich um diese Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, zu kümmern und ihnen nach besten Kräften Hilfsangebote zu machen. Trotz zahlloser Hinweise aus dem Kreis der Bürgerinnen und Bürger sowie der Politik über einen sehr langen Zeitraum und politischen Beschlüssen, die niemals umgesetzt wurden (vgl. AN/0423/2015, s.o.) ist ein weitestgehendes Versagen insbesondere der städtischen Sozialverwaltung in diesem Punkt zu konstatieren. Die Bezirksvertretung Innenstadt ist nicht mehr länger bereit, diese Untätigkeit von Seiten der Verwaltung zu tol-

rieren und fordert sie deswegen zum unverzüglichen Handeln auf.

Antje Kosubek
Fraktionsvorsitzende

Stefan Fischer
Bezirksvertreter